

Wahlprüfsteine

1. Rüstungsexportpolitik (aus Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel)

Frage 1

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

Ich werde mich dafür einsetzen, dass Waffen nur noch an enge Verbündete, die demokratischen und freiheitlichen Standards genügen, exportiert werden dürfen, sodass ein verantwortungsvoller Umgang und der Verbleib in den ursprünglich geplanten Beständen garantiert sind.

Frage 2

Setzen sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontroll-Gesetz zusammengeführt werden?

Ja, wir brauchen einheitliche und transparente Regelungen für den Export von Rüstungsgütern.

Frage 3

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

Auch für Kleinwaffen sollten extrem erhöhte Standards wie unter Frage 1 beschrieben gelten, sodass ein verantwortungsvoller Umgang gegeben ist und keine Gefahr besteht, dass die Kleinwaffen entwendet werden und in die falschen Hände geraten.

Frage 4

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

Bei der Vergabe von Lizenzen sollten die gleichen strengen Lizenzvorgaben gelten wie für Endprodukte.

Frage 5

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Ja.

2. Verhältnis Deutschland/Europa – Russland

Frage 6

Stimmen Sie mit der Einschätzung überein, dass Russland die Krim aus nationalen wie militärischen Gründen keinesfalls an die Ukraine zurückgeben wird? Wenn ja, wie stellen Sie sich unter dieser Voraussetzung das zukünftige Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland vor?

Ich befürchte, dass diese Einschätzung richtig ist. Eine Rückkehr zu „normalen“ Beziehungen sollte deshalb nicht prioritär vorangetrieben werden, da Völkerrechtsverletzungen nicht zum Normalfall werden dürfen.

Frage 7

Sind sie der Meinung, dass die großen internationalen Fragen (Ost-Ukraine, Syrien, internationaler Terrorismus...) nur mit, nicht gegen Russland gelöst werden können?

Das ist sicher richtig; allerdings ist Russland kein Partner, dem man besonderes Vertrauen entgegen bringen kann – siehe die Annexion der Krim oder die Unterstützung Assads in Syrien. Verhandlungslösungen sind also angebracht, bei denen aber eine freiheitliche, Menschenrechte und Demokratie in den Vordergrund stellende Linie deutlich gezogen werden muss.

Frage 8

Stimmen Sie der Einschätzung zu, dass Druck von Seiten der NATO und der EU die Positionen der russischen Regierung nur verhärten kann und somit die Lösung anderer drängender Weltprobleme verhindert?

Nein; es ist sehr fraglich, dass Russland in anderen Fällen eine friedliche und demokratische Lösung für Probleme bevorzugen sollte, wenn der Westen nicht bei allen Fragen auf die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten beharrt.

3. Flüchtlingssituation

Frage 9

Was sind Ihre Vorschläge für eine Bekämpfung von Fluchtursachen?

Entwicklungshilfe vor Ort, Waffenexporte einschränken, bessere Unterstützung im Krisenfall, mehr UNO-Missionen zur Wiederherstellung von Frieden, bessere

Ausstattung der Hilfsorganisationen bei Hungerkatastrophen, Abkehr von der insbesondere für Afrika schädlichen Politik der Agrarsubventionen, Abkehr von bilateralen, für Entwicklungsländer insgesamt schädlichen Freihandelsabkommen, ...

Frage 10

Die Sorge vieler Flüchtlinge um ihre engsten Angehörigen, die oftmals noch in den Herkunftsländern bzw. in den Nachbarregionen zurückgeblieben sind, ist sehr belastend und kann Integration verhindern.

Wie stehen Sie zum Familiennachzug bzw. zu Aufnahmekontingenten für Familienangehörige von hier in Deutschland lebenden Geflüchteten.

Die Familie ist ein von unserem Grundgesetz geschütztes Gut; wir müssen deshalb Familiennachzug für alle anerkannten Geflüchteten ermöglichen.

4. Palästina

Frage 11

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – wie zuletzt der Vatikanstaat - für eine Anerkennung eines Staates Palästina ein?

Ich setze mich für eine von beiden Seiten akzeptierte Zwei-Staaten-Lösung ein, die natürlich auch die Anerkennung Palästinas beinhaltet.

Frage 12

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Beendigung der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete einsetzen?

Ja – bei Gebieten, die von der UNO als besetzt bewertet werden, muss auf eine friedliche Übergabe hingewirkt werden.